Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Fraktion BVR

Vorlagen Nr.:

A/1/0009

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	27.02.2012

Reduzierung des Verbrauchs land- und forstwirtschaftlicher Flächen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird aufgefordert, im Rahmen des Verantwortungsbereiches der Kreisverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass die Überbauung und Versiegelung von Land- und Forstwirtschaftsflächen sowie die Inanspruchnahme von Land- und Forstwirtschaftsflächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen minimiert wird.

Zudem wird der Landrat aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzregelungen derart gestaltet werden, dass nicht noch mehr Land- und Forstwirtschaftsflächen aus der Nutzung genommen werden.

gez. H.-J. Uhn
Fraktionsvorsitzender

Grimmen, 07.02.2012

Begründung:

Tag für Tag gehen wertvolle Äcker, Wiesen und Forstflächen durch Überbauung und Versiegelung verloren, so dass sie nicht mehr land- und forstwirtschaftlich genutzt werden können. Für den naturschutzrechtlichen Ausgleich derartiger Eingriffe in die Natur und Umwelt werden in der Regel weitere Land- und Forstwirtschaftsflächen in Anspruch genommen.

In Deutschland beträgt allein der Verlust an Landwirtschaftsflächen durch Überbauung, Versiegelung sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen täglich rund 90 Hektar, in unserem Landkreis allein über 1,1 Hektar, was ca. 1,5 Fußballfeldern entspricht. Seit dem Jahr 2000 hat sich dadurch die Landwirtschaftsfläche in unserem Landkreis um 4.065 Hektar reduziert.

Dabei werden diese Flächen dringend benötigt, um auch in Zukunft Nahrungsmittel und die für die Energiewende benötigte Biomasse zu erzeugen. Allein auf den in den letzten 10 Jahren auf diese Weise entzogenen Landwirtschaftsflächen hätten 32.500 Tonnen Weizen geerntet werden können,

ausreichend um über 40 Millionen 1 kg-Brote zu backen.

Um die Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen nicht zu gefährden, ist ein Umdenken und Umsteuern bezüglich des Flächenverbrauches dringend erforderlich.

Zudem wird mit der derzeit gültigen naturschutzrechtlichen Eingriffs- und Ausgleichsregelung des Landes der Intention des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 15 Abs. 3) nicht ausreichend Rechnung getragen, nach der bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen und vorrangig zu prüfen ist, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch andere Maßnahmen wie z.B. der Entsiegelung erbracht werden kann.